

NIEDERSCHRIFT Stadt Karlsruhe	Gremium:	36. Plenarsitzung Gemeinderat
	Termin:	14. März 2017, 15:30 Uhr
		öffentlich
	Ort:	Bürgersaal des Rathauses
	Vorsitzende/r:	Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

7.

**Punkt 9 der Tagesordnung: Änderung der Landschaftsschutzgebietsverordnung „Rheinaue“ im Zuge der Planung des Polders „Bellenkopf-Rappenwört“
Vorlage: 2017/0130**

Beschluss:

Der Gemeinderat stimmt der Verordnung zur Änderung der Landschaftsschutzgebietsverordnung „Rheinaue“ gemäß der der Vorlage beigefügten Anlage im Zuge der Planung des Polders „Bellenkopf-Rappenwört“ zu.

Abstimmungsergebnis:

Bei 38 Ja-Stimmen und 7 Nein-Stimmen mehrheitlich zugestimmt

Der Vorsitzende ruft Tagesordnungspunkt 9 zur Behandlung auf und verweist auf die erfolgte Vorberatung im Ausschuss für Umwelt und Gesundheit und im Naturschutzbeirat:

Hier geht es um eine Anpassung, nicht um eine grundsätzliche Beschlussfassung.

Stadtrat Wohlfeil (KULT): Die KULT-Fraktion wird heute gegen diese Änderung der Landschaftsschutzgebietsverordnung stimmen. Nicht, weil wir prinzipiell den Polder ablehnen würden, sondern es geht nur darum, dass wir die jetzige Planung mit der Höherlegung der Hermann-Schneider-Allee und die hohen Spundwänden um das Rheinstrandbad in ihrer derzeitigen Größe ablehnen. Da dies ein formaler Schritt ist, der letztendlich zu dieser Bebauung führen wird, werden wir heute ablehnen, weil wir, solange die Planung so ist, nicht den Weg dahin ebnen wollen.

Stadtrat Maier (CDU): Sie haben es eingeführt, Herr Oberbürgermeister. Es ist lediglich eine Anpassung. Deswegen waren wir etwas befremdet, dass jetzt hier noch gesprochen werden soll. Auch wir sehen natürlich diese Hochlegung kritisch. Es gibt auch das eine oder andere, Stichwort: Biotope, Wildgehege, was man kritisch sehen kann. Aber es ist soweit vorberaten. Wir werden dieser Vorlage jetzt zustimmen und freuen uns natürlich, wenn sich noch Änderungen ergeben würden, und gehen da natürlich auch mit. Also, Zustimmung heute mit den kritischen Anmerkungen.

Stadtrat Dr. Fechler (SPD): Der Kollege Maier hat es gesagt. Es ist ein formelles Verfahren, damit letztendlich auch das Rheinschutzprogramm mit seinen beiden Säulen, einerseits den Hochwasserschutz, auf der anderen Seiten auch die ökologischen Belange, umgesetzt werden kann. Dass es in der Umsetzung sicherlich viele kritische Punkte gibt, sei es die Hochlegung, der Umgang mit den Dämmen, ist richtig. Das wird aber letztendlich das weitere Verfahren zeigen müssen. Man muss auch realistischer Weise sagen, dass wir als Stadt nur bedingt Herr des Verfahrens sind. Von daher werden wir zustimmen. Es sehen auch die Naturschutzverbände, das hat die Vorbereitung gezeigt, die Vorlage als unstrittig an. Von daher finden wir es sehr befremdlich, wenn von Seiten der KULT hier eine Aussprache gewünscht wird, da damit das ganze Verfahren zum Stillstand gebracht werden könnte.

Stadträtin Rastätter (GRÜNE): Ich kann mich meinen beiden Vorrednern, Herrn Maier und Herrn Fechler, anschließen. Es geht hier darum, dass wir ausschließlich zustimmen, dass das Verfahren in Gang kommt. Rechtlich ist die Regelung so, dass zunächst die Landschaftsschutzverordnung geändert werden muss, sonst kann nicht begonnen werden. Es ist völlig unabhängig davon, was wir hier noch im Rahmen des wasserrechtlichen Planfeststellungsverfahrens versuchen zu verändern oder Einfluss zu nehmen. Das können wir dann während des ganzen Verfahrens machen. Ich möchte nur noch erwähnen, auch wir sehen die Höherlegung der Hermann-Schneider-Allee und die 4 m hohen Spundwände sehr kritisch. Aber das sind Themen, mit denen werden wir uns beschäftigen. Aber wir können nicht, wenn wir überhaupt für einen Hochwasserschutz sind, schon zu Beginn das Verfahren verhindern bzw. ablehnen, bevor es überhaupt starten kann.

Stadtrat Kalmbach (GfK): Wir reden schon sehr lange über dieses Thema. Es ist nicht so, dass wir jetzt am Anfang stehen. Deswegen schließen wir uns der KULT an und werden auch hier nicht zustimmen, um ein Zeichen zu setzen, dass dies Ernst zu nehmen ist. Die Höherlegung der Hermann-Schneider-Straße ist ein Akt, den wir ablehnen. Deswegen müssen wir auch ein Zeichen setzen.

Der Vorsitzende: Es gibt keine weiteren Wortmeldungen. Dann kommen wir jetzt zur Abstimmung. – Ich stelle bei ablehnender Entscheidung durch GfK und die KULT-Fraktion darüber hinaus Zustimmung fest.

Zur Beurkundung:
Die Schriftführerin:

Hauptamt – Ratsangelegenheiten
4. April 2017